

PFLEGE

SPD-Länder gegen Schmidt

Die Sozialministerinnen der SPD-geführten Länder machen Front gegen die Pflegeversicherungspläne der Bundesregierung. Das Vorhaben von Bundesressortchefin Ulla Schmidt, im kommenden Jahr die Beiträge von Kinderlosen um einen Viertelprozentpunkt zu erhöhen, halten die Ministerinnen aus Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bremen für nicht ausreichend, so das Ergebnis eines gemeinsamen Treffens vor wenigen Wochen in Berlin. Stattdessen wollen die Sozialexpertinnen nun innerhalb der Partei auf ein umfassendes Reformkonzept drängen, mit der die Pflegeleistungen ausgeweitet und die Finanzierung der Versicherung auf breitere Grundlagen gestellt werden kann. „Wir brauchen eine bessere Versorgung von Demenzzkranken, eine Stärkung der häuslichen Pflege, und wir müssen die Leistungen künftig entsprechend der Preisentwicklung erhöhen“, fordert etwa die schleswig-holsteinische Ministerin Gitta Trauernicht. „Um das zu finanzieren, sollten nach den Prinzipien der Bürgerversicherung künftig auch Beamte, Selbständige und Gutverdienende in den Solidarausgleich der gesetzlichen Pflegekassen einbezogen werden.“ Eine bloße Erhöhung des Beitragsatzes für Kinderlose, wie sie die Bundesregierung plant, werde in der Bevölkerung dagegen „auf kein Verständnis stoßen“.



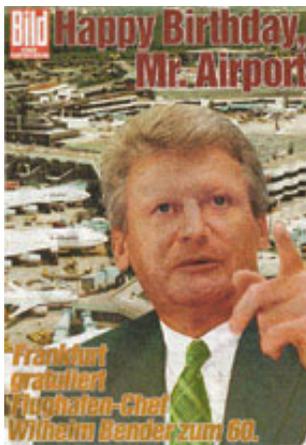
Seniorin im Pflegeheim

HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

MANAGER

Peinliche PR-Postille

In bundesdeutschen Luftfahrtkreisen wächst die Kritik an Fraport-Chef Wilhelm Bender – diesmal nicht wegen waghalsiger Expansionsprojekte, sondern wegen seines ausgeprägten Hangs zur Selbstdarstellung. Zum 60. Geburtstag des Frankfurter Flughafen-Bosses am 3. August hatte die „Bild“-Zeitung eine achtseitige Sonderbeilage veröffentlicht, die erstmals tiefe Einblicke in die Persönlichkeitsstruktur des ehrgeizigen Airport-Managers ermöglichte. Finanziert wurde die PR-Postille unter anderem aus Anzeigen der Hessischen Landesbank und der Frankfurter Messegesellschaft. Neben Kinderfotos aus der Familienschatulle enthält das Jubelheft erstaunliche Bekenntnisse des früheren Bahn-Managers. So erfährt der Leser, dass Bender seine Hemden in Hongkong aus ägyptischer Baumwolle nähen



Beilage der „Bild“-Frankfurt

lässt. „Die haben da meine Maße, das geht fix“, zitiert das Blatt den Fraport-Vorstandsvorsitzenden. Auch Benders Mutter, die er „Reubel“ nennt, seine Sekretärinnen („Von kurzen Reisen bringt er stets die Pralinen aus dem Flugzeug mit“) und seine Lebensgefährtin („Sein Charme ist mir natürlich nicht entgangen“) kommen ausführlich zu Wort. Als Hobbys nennt Bender Radfahren, Gartenarbeit und Lesen (Lieblingsbuch: „Aus dem Leben eines Taugenichts“). Viele Kollegen sind über das Bender-Special so pikiert, dass sie ihre Teilnahme an seiner nachträglichen Geburtstagsfeier am 3. September im Steigenberger Airport-Hotel absagen wollen. Einer der prominentesten Gäste, der ehemalige Vorstands- und heutige Aufsichtsratschef der Lufthansa, Jürgen Weber, wird sich aber kaum drücken können. Der extrem zurückhaltende Topmanager, der jeglichen Personenkult scheut, soll, wie auch der hessische Ministerpräsident Roland Koch, eine Festrede halten.

KORRUPTION

„Wir sind kein Feigenblatt“



THOMAS KOEHLER / PHALANX

Hansjörg Elshorst, 65, Leiter der deutschen Sektion von Transparency International (TI) über den jüngsten Schmiergeldfall im Siemens-Konzern

SPIEGEL: Herr Elshorst, wie letzte Woche bekannt wurde, sollen Siemens-Manager über eine schwarze Kasse in Liechtenstein zwischen 1999 und 2002 rund sechs Millionen Euro an Mitarbeiter des halbstaatlichen italienischen Stromkonzerns Enel gezahlt haben. Kriegt man im globalen Geschäft keine Großaufträge mehr, ohne zu schmieren?

Elshorst: Es gibt heute eine breite internationale Koalition gegen Korruption. Inzwischen haben 36 Länder im Rahmen einer OECD-Konvention Korruption im Ausland unter Strafe gestellt. „Nützliche Aufwendungen“ sind nicht mehr steuerlich abzugsfähig; es droht der Verfall der Exportversicherung, und Aufsichtsräte, Banken und die Öffentlichkeit reagieren zunehmend kritisch auf Korruption. Sie ist also für die Unternehmen viel riskanter geworden – allerdings werden die genannten Neuerungen noch nicht konsequent genug umgesetzt.

SPIEGEL: Siemens hat, wie jedes Mitglied, Transparency gegenüber eine Selbstverpflichtungserklärung abgegeben, wonach man Korruption nicht tolerieren will. Sind Sie nur ein Alibi für die Wirtschaft?

Elshorst: Wir sind kein Feigenblatt. Firmen werden doch bei uns Mitglied, weil wir dazu beitragen, dass korrupte Konkurrenten strafrechtlich belangt oder von Vergaben ausgeschlossen werden. Sobald eines unserer Mitglieder in einen Fall verwickelt ist, versuchen wir zu klären, ob es nur ein Betriebsunfall war, oder ob das Unternehmen es mit der Selbstverpflichtung nicht ernst meint. Siemens konnte uns im Fall Enel zunächst keine befriedigende Auskunft geben. So war nicht bekannt, wo das Schmiergeld herkam, das nun mit schwarzen Kassen in Liechtenstein in Verbindung gebracht wird.

SPIEGEL: Hätte ein möglicher Verstoß gegen die Selbstverpflichtungserklärung überhaupt Konsequenzen für Siemens?

Elshorst: Wir haben uns darauf verständigt, dass Siemens die Mitgliedschaft bei TI vorerst ruhen lässt. Falls wir feststellen sollten, dass wir unterschiedliche Auffassungen von Korruptionsbekämpfung haben, ist eine weitere Zusammenarbeit allerdings kaum mehr denkbar.